

Für Spitzenpolitiker wie Heiko Maas, Markus Söder oder Ursula von der Leyen ist die Sache klar - wenn kein Wunder geschehen sollte, können wir uns den gewohnten Sommerurlaub in diesem Jahr wohl abschminken. Diese Einschätzung ist gleich auf mehreren Ebenen unverständlich. Warum sollte es für einen Berliner aus epidemiologischer Sicht gefährlich sein, im Sommer zwei Wochen in einem Ferienhaus in der schwedischen Wildnis zu verbringen? Hinzu kommt der zu erwartende volkswirtschaftliche Schaden. In Ländern wie Kroatien, Österreich oder Griechenland, die in Sachen Covid-19 sicherlich nicht gefährlicher als Deutschland sind, hängen ganze Regionen wirtschaftlich am Tourismus. Der Schaden, den Maas, Söder und von der Leyen mit derlei Pauschalisierungen auslösen, wird gewaltig sein. Zeit, Luft zu holen und zu differenzieren. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/200421_Es_ist_nicht_noetig_dem_Volk_den_Sommerurlaub_zu_verbieten_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Der bayerische Ministerpräsident und gefühlte deutsche Schattenkanzler Markus Söder hat ein seltsames Verständnis von Urlaub: Da „der Après-Ski in Ischgl, das Starkbierfest im Landkreis Tirschenreuth oder der Karneval in Heinsberg Plattformen für die Verbreitung (des neuen Coronavirus) waren“, sei eine Öffnung der Grenzen für den Tourismus „derzeit nicht verantwortbar“. Es mag Herrn Söder ja vergönnt sein, seinen Urlaub bei derlei feuchtfröhlichen Massenveranstaltungen zu verbringen - Millionen Deutsche ticken da zum Glück anders. Und was hat bitteschön der Karneval im Rheinland damit zu tun, dass es im Sommer nicht möglich sein soll, in der Hohen Tatra zu wandern, in den slowenischen Alpen Mountainbike zu fahren, mit dem Hund am dänischen Nordseestrand spazieren zu gehen oder die Seele auf den kroatischen Adriainseln baumeln zu lassen?

Was vor Ort im Urlaub erlaubt oder nicht erlaubt ist, ist nicht Sache des bayerischen Ministerpräsidenten, sondern liegt in der Zuständigkeit der lokalen Behörden vor Ort. Es ist ja nicht so, dass beispielsweise die spanische Regierung in Corona-Zeiten Massenbesäufnisse ausländischer Touristen in den Amüsierstätten am Ballermann erlauben würde. Und es besteht auch nicht unbedingt der Anfangsverdacht, dass beispielsweise die dänischen Behörden Schutzvorkehrungen wie Abstandsregelungen weniger professionell umsetzen und deren Einhaltung nicht so zuverlässig kontrollieren wie ihre Kollegen in Sachsen oder dem Saarland. Wenn ein Staat wie Kroatien sich auf transparenter Basis

entscheidet, seine Hotels und Gaststätten unter strengen Auflagen im Juni wieder zu eröffnen, dann ist es nicht an Markus Söder oder einem anderen deutschen Provinzfürsten, dies in Frage zu stellen und deutschen Staatsangehörigen den Urlaub in diesen Ländern zu untersagen. Kroatien hat zur Zeit rund 1.000 aktive Covid-19-Fälle und musste 47 Todesopfer vermelden. Das ist in etwa so viel wie der Landkreis Freising. Dänemark hat in etwa so viele Covid-19-Fälle wie die Stadt München und Griechenland kann es diesbezüglich mit dem Landkreis Tirschenreuth aufnehmen. Es wäre daher schön, wenn Söder und Co. sich erst einmal um ihren Einflussbereich kümmern.

Vor diesem Hintergrund wirkt auch eine weitere Aussage Söders bemerkenswert. Da der Urlaub im Ausland in diesem Jahr ja „unwahrscheinlich“ sei, dürfte – so Söder – die einheimische Gastronomie- und Hotelbranche mit einem „Run“ rechnen. Da stellt sich natürlich die Frage, auf welcher Basis Markus Söder den Deutschen den Urlaub im bayerischen Landkreis Traunstein (942 offizielle Covid-19-Fälle) erlauben, aber den Urlaub im wenige Kilometer südlich liegenden österreichischen Landkreis Kitzbühel (355 offizielle Covid-19-Fälle) untersagen will. Mit dem angeblichen Gesundheitsschutz kann dieses Verbot ja offensichtlich nichts zu tun haben.

Was hier mit den Vorwand des Gesundheitsschutzes ausgeklüngelt wird, scheint vielmehr eine besondere Form des „Gastro-Nationalismus“ zu sein. Wenn alle Welt von der Buchung des Sommerurlaubs am Wolfgangsee abrät, bucht man seinen Urlaub halt am Chiemsee. Wenn ungewiss ist, ob man seinen Urlaub an der dänischen Nordsee verbringen kann, geht es in diesem Jahr halt an die deutsche Nordsee. Das ist sicherlich schön für die deutschen Hoteliers und Gastwirte, die zur Zeit schon genug Einbußen hinnehmen müssen, aber auch höchst unfair gegenüber den Tourismusregionen anderer Länder.

Expertenschätzungen zufolge würden zwei Drittel aller österreichischen Beherbergungsbetriebe das Ausbleiben der deutschen Touristen nicht verkraften. In strukturschwächeren Ländern wie Kroatien oder dem ohnehin schon wirtschaftlich angeschlagenen Griechenland droht ganzen Regionen die Verelendung, wenn der Tourismus das gesamte Jahr wegbleiben sollte.

Es ist an der Bundesregierung, diesen Irrsinn zu stoppen. Wenn ein anderes Land wie Frankreich seine Grenzen für deutsche Touristen schließt, kann Berlin da natürlich wenig machen. Anders sieht es jedoch bei den Staaten aus, die ihre Grenzen zu Deutschland entweder geöffnet haben oder schon bald wieder öffnen werden. Dazu zählen Länder wie Österreich (auch als Transitland), Dänemark, die Niederlande oder auch Schweden. Doch für deutsche Touristen bringt es wenig, wenn die Urlaubsländer ihre Grenzen öffnen, so lange Deutschland seine Grenzen geschlossen hält. Zwar darf man als deutscher

Staatsbürger trotz geschlossener Grenzen wieder ins eigene Land einreisen, muss dann jedoch damit rechnen, dass man eine amtliche 14-tägige Zwangsquarantäne verordnet bekommt. Dies ist Bestandteil der „[Maßnahmen](#)“ des Auswärtigen Amts und hindert deutsche Staatsbürger zur Zeit und in absehbarer Zukunft effektiv an einer touristischen Reise ins EU-Ausland. Paradox ist zudem, dass diese Regelungen nur für Touristen gelten; wer geschäftlich ins EU-Ausland reist, ist von diesen Maßnahmen ausgenommen.

Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum man den Sommerurlaub, egal ob im In- oder im Ausland, untersagen sollte. Wer Urlaub mit „Ballermann“ gleichsetzt, argumentiert unlauter. Wichtig ist es hier, zu differenzieren und abzuwägen. Epidemiologisch problematische Amusements á la Après-Ski in Ischgl sind zumindest in dieser Saison ohnehin in allen EU-Staaten behördlich untersagt. Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen - dieses zeitlose Zitat von Charles de Montesquieu sollte in Zeiten von Corona oberste Maxime sein.

Titelbild: everst/shutterstock.com

